

Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Seldschuk
Raben & Rumpf, Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gehr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis: einjährlich Bringerichter monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierjährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expeditio: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.Ausseratenpreis: die 7 geprägten Nouvelles 50 Pfennig, darauf
40 Prozent Ueberzugspfennig. — Ueberz. sind im voran zu bezahlen. —
Eine Verpflichtung zur Kaufnahme an vorgefertigten Zügen kann nicht
übernommen werden. — Für Briefumschläge werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 71.

Dresden, Donnerstag den 27. März 1919.

30. Jahrg.

Lenins Warnung an Ungarn.

Lenins Funkspruch.

Wien, 26. März. Lenin hat an Solo nun einen Funkspruch gerichtet, in dem es heißt: Bitte mitzuteilen, welche tatsächlichen Erfahrungen Sie dafür haben, daß die neue ungarnische Regierung wirklich kommunistisch, nicht nur einfach sozialistisch, d. h. sozialdemokratisch, ist. Es ist ganz sicher, daß die Folge der eigenen Erfahrungen der ungarnischen Revolution die tatsächliche Auseinandersetzung unserer russischen Kultur in ihren Einzelheiten nicht empfehlenswert macht. Vor diesem Fehler muß ich warnen.

Was geht in Galizien vor?

Die heutigen Morgenblätter brachten einen Funkspruch der russischen Sozialregierung, nach dem sich Galizien in voller revolutionärer Bewegung befindet. Dazu meldet ein Telegramm des Korrespondenz-Bureaus aus Wien: Aus den bisher verliehenen Telegrammen aus Czernowitz und Stanislau vom 24. März zu schließen, daß die von der Moskauer Sozialregierung durch russisch verbreitete Nachricht von einem polnischen Aufstand in Galizien nicht auf Wahrheit beruht.

Es bleibt abzuwarten, welche Nachricht nun die wahrhaftige ist.

Scheidemanns Appell.

Mittelstandschaos in Weimar und in der Sächsischen Volkskammer.

Ein schmiedender Protest gegen die Vergewaltigungspläne unserer Gegner war die Rede, die Genosse Scheidemann gestern in der Nationalversammlung in Weimar hielt. Gegen die wahnsinnigen Eroberungspläne Siegfriedstrauß' entnahm er an das Gewissen der Menschheit. Scheidemann kann sicher sein, daß er den Beifall fast aller Volksgenossen findet. Wir wollen nicht, daß Millionen deutsche unter die Herrschaft fremder Nationen kommen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das nach den Verhandlungen Wilhelms für die Gestaltung der Landesgrenzen im Zukunft maßgebend sein soll, muß auch dem deutschen Volke gegenüber gewahrt werden.

In den hahnenkühlen Ausführungen der gegnerischen Presse kommt immer wieder der Gedanke zum Ausdruck, daß das deutsche Volk für seine Schuld an dem Kriege bestraft werden müsse. Aber selbst wenn die Leute, die die Geschichte Deutschlands im Jahre 1914 leiteten, wirklich allein am Ausbruch des Weltkriegs schuld gewesen wären, wäre es billig, daß das deutsche Volk Jahrzehntelang darüber büßen müßte? Es ist ein Alschall in die Gedankenwelt barbarischer Zeiten, wenn Angehörige von Nationen, die einen Anspruch erheben, Bannenträger der Kultur zu sein, wollen, daß auch die kommenden Generationen des deutschen Volkes noch Jahrzehntelang für die Sünden von 1914 Strafe er dulden sollen.

Wir wollen auch gewiß nicht bestreiten, daß die führenden Herren Deutschlands einen großen Teil der Schuld am Kriege tragen. Sowar haben weder die leitenden Staatsmänner Deutschlands noch Wilhelm II. auf einen Krieg eingearbeitet. Aber die Unterdrückungspolitik, die in Deutschland gegenüber einem Teil des eigenen Volkes, gegen Sozialdemokraten, Polen, Dänen, getrieben wurde, mußte das Widerstand der Welt gegen unser Land hervorruhen; und die unzähligen Gezeiten unserer alten Freihelden, die großmütigen Helden Wilhelms II., das törichte Gebaren seines Sohnes haben sicher nicht wenig dazu beigetragen, eine Deutschlandfeindliche Stimmung bei den übrigen Völkern zu schaffen.

Zu unserem Unglück hat sich dann in den entscheidenden Wochen des Sommers 1914 der militärische Einfluß auf unsere Politik verhängnisvoll erwiesen. Nun haben wir es zu verdonken, daß in den entscheidenden Wochen nicht ruhige Überlegung, sondern der Geist echt preußischer Schmeidigkeit die Politik Deutschlands gelenkt hat. Daß die deutschen Staatenführer nicht sofort von dem verhängnisvollen Ultimatum Österreichs an Serbien abdrückten, war ein Verbrechen gegen das eigene Volk, ein Verbrechen gegen die Menschheit. Das hat die sozialdemokratische Presse schon im Jahre 1914 klar genug gezeigt.

Aber so schwer die Sünden der Herren Deutschlands auch gewesen sein mögen, deswegen sind die Staatsmänner und Politiker der fremden Völker nicht unbeschuldigte Engel. Auch in andern Ländern ist schuldlos gehoben werden, und die Staatsmänner der Entente haben eine Einstellungspolitik getrieben, von der sie sich hätten sagen müssen, daß sie gar zu leicht zu einem Kriege führen kann. Wenn es so klar wäre, daß allein Deutschland die Schuld an dem Kriege trägt, warum hat die englische Regierung den deutschen Vordringen nicht angenommen, eine internationale Kommission zur Beurteilung der Schuld an dem Kriege einzurufen? Auch die englischen Staatsmänner sind sich wahrscheinlich darüber klar, daß eine wirtschaftliche Prüfung der Schuldfrage auch mit den Sünden der Ententestaatsmänner nicht vorüber gehen könnte.

Hebrigens würde eine solche Kommission ja immer nur zu der Feststellung der Vergehen der deutschen Staatsmänner und Generale kommen, nie könnte ihr Urteil eine Vergewaltigung des deutschen Volkes rechtfertigen. Vielleicht kann man dem deutschen Volke einen Vorwurf daraus machen, daß es seinen Staatsmännern nicht besser auf die Finger gesehen hat; aber wo in der Welt ist das Volk, dem man nicht vorwürflich sogenannt hätte: du hättest das Tun und Treiben deiner Staatenführer besser überwachen müssen?

Der großzügigen Rede Scheidemann folgte in Weimar eine ziemlich unbedeutende Debatte, in der die Vertreter verschiedener bürgerlicher Parteien allerhand Mittelstandschaosmergen vorbrachten. Auch in der sächsischen Kammer sind in den letzten Tagen Mittelstandsfragen delibriert worden. Dabei hat Genosse Schwarz den Standpunkt vertreten, den unsre Partei in der Mittelstandsfrage einnahm. Durch den Krieg sind sehr viele Mittelstandsbürger verloren worden, und von den bürgerlichen Parteien wird nun kläglich verlangt, daß der Staat dazu helfe, dem Mittelstand wieder seine frühere Stellung im Wirtschaftsleben zu geben. Die Sozialdemokratie hat dies, wenn Mittelstandsfragen erörtert wurden, darauf hingewiesen, daß es vor allem der kapitalistische Großbetrieb sei, der das Gebiet, auf dem für kleine, selbständige Existenzraum ist, immer mehr einschränkt. Sie hat es immer abgelehnt, den Mittelstand mit staatlichen Hilfsmitteln zu "erhalten". Jetzt, nach den umgehenden Verlusten des Krieges, kommt es vor allem darum, daß überall so wirtschaftlich wie möglich gearbeitet wird.

Es muß im Interesse unserer Volkswirtschaft vermieden werden, daß die Produktion von Gütern, die in einem mit allen Mitteln der modernen Technik arbeitenden Betrieb in einer Stunde hergestellt werden können, rückständigen Betrieben überlassen wird, die vielleicht zwei Stunden Arbeit dazu brauchen. Die künftige Erhaltung rückständiger Betriebe wäre nicht nur ein schwerer wirtschaftlicher Fehler, sondern eine Grausamkeit gegen die ungünstigen Menschen, die die Juhäber solcher Betriebe sind. Gewiß mag es dem kleinen Meister oder Geschäftsinhaber hart ankommen, wenn er sieht, daß er sein Geschäft nicht mehr aufrechterhalten kann, aber viele der Angehörigen des Mittelstandes führen doch, weil sie einen wirtschaftlichen Kampf kämpfen, ein elendes Dasein. Um ein geringes Einkommen zu erzielen, müssen sie vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein arbeiten und kommen doch aus den schwersten Nöten und Sorgen nicht heraus.

Die Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens wird dazu führen, daß in Zukunft die Lage der Arbeiter besser sein wird als früher, wenn auch in den nächsten Jahren die Arbeiter wie alle anderen Mitglieder unseres Volkes noch lange schwer unter den Lasten zu Leiden haben werden, die der Krieg und auferlegt hat. Würde es nicht für viele der heute noch vorhandenen kleinen Meister und Gewerbetreibenden geradezu eine Erlösung bedeuten, wenn sie ihre gegenwärtige Existenz mit einem Posten in einem Großbetrieb verlaufen könnten, in dem sie bei begrenzter Arbeitszeit einen auskömmlichen Lohn erhalten? Nichts wäre törichter, als wenn wir uns jetzt, nur um kleine selbständige Existenz zu erhalten oder gar wieder aufzurichten, jäh an altherbesetzte, aber durch die moderne Entwicklung überholte Wirtschaftsformen festklammerten. Soll das deutsche Volk wieder in die Höhe kommen, so dürfen wir nicht Rückständiges künstlich erhalten, sondern wir brauchen einen großzügigen Neuausbau und Umbau unserer Volkswirtschaft, wie ihn der Sozialismus erstrebt.

Aufsatz.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

General Sudendorff, der dreizehn alter Hofsoldat des Weltkriegs, posiert mit abrosiertem Bart in Berlin umher und lädt sich sonst Frau und Sohn, vergnügt lächelnd, für Schilder Woche photographieren. Sonntag den 23. März finden in Berlin ein paar Versammlungen statt, in denen gegen die Annexionbestrebungen der Entente Front gemacht wird. Nach den Versammlungen geht ein Haufen Jünglinge zum sogenannten nationalen Bund der Offiziere auf die Straße, schwung weiß-rote Fahnen, grüßt: „Heil der im Siegerland“ und bringt auf den holländischen Wilhelm II. den Haag nach dem andern aus. Der Zug wird angeführt von dem berüchtigten Antisemiten Bredereck, der einst Reichskommissar in Berlin war, gewaltige Vertrügerien beginnt, und Südmärkte fahrt, 1915 zurückkehrte, als als Kriegsteilnehmer meldet und für gut genug befunden wurde. Offizier im deutschen Heere zu sein. Von diesem Kreisgruppe also geführt, marschierten jene bis zur Wilhelmstraße, wo Sudendorff im goldenen Dolch huldigungen darüber lädt, daß er den größten alten Krieg verloren hat.

Um vor Erregung debenden Mitgliedern der Nationalversammlung ironisch Scheidemann dies am Mittwoch in einer seiner Reden vor, und er macht gegenüber den übrigen Deutschen nationale kein Hehl daraus, daß die Unterwerbung jener Deutschen stark an Landesratrat ansetzt, weil die Entente angeblich ihrer Unabhängigkeit zu dem Glauben verleitet werden kann, in Deutschland vertreibt und nimmt noch das verzauste Posen allerhand und jenem nicht minder verdächtiger Anfang.

Und dann der gewaltige Smalleffekt, mit dem Scheidemann unter brauenden Beifallssturmzünden zuläßt: als Sudendorff nach Deutschland zurückkehrt, dat er selber verlangt, man möge ihm vor einen Staatsgerichtshof stellen. Dem Manne kann es wohl werden! In den nächsten Tagen wird die Reichsregierung einen Entwurf herausbringen, nach dessen Gleichverfügung die Sudendorff und Konföderation endlich ihr wohlverdientes und längst erschentes unparteiisches Gericht bekommen sollen.

Die abgelehnte Untersuchungskommission.

Berlin, 26. März. Bereits im November 1918 hatte die deutsche Regierung durch Vermittlung der schweizerischen Regierung den Regierungen der Entente vorgeschlagen, zur Feststellung der Schuld am Kriege eine internationale Kommission einzurichten. Unter dem Datum des 7. März teilte die schweizerische Regierung der deutschen Gesandtschaft in Bern mit, daß sie von dem britischen Gesandten folgende Mitteilung erhalten habe:

„Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seiner Majestät der Meinung ist, daß es unmöglich sei, auf den deutschen Boden einzugehen, um eine Klärung zu geben, da nach der Meinung der verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unverkennbar festgestellt ist.“

Die deutsche Regierung bat in einer Note, die der Schweizer Regierung übergeben wurde, gegen das Verhalten Englands Verhandlung eingelegt. Deutschland könnte einen Friedenspunkt nur annehmen, wenn er von einer Stelle ausgeht, der das gesamte Alliierte Material beider Parteien zur Verfügung steht und die in der Lage ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeugen in voller Echtheit zu erheben.“

Die Aktion gegen Ungarn.

Aus dem Haag wird gemeldet: Pariser Blättern aufzufolge haben die Verbündeten nunmehr beschlossen, in Ungarn mit bewaffneter Hand einzutreten. Auch das Kämpferische Handelsblatt erklärt aus Paris, daß man dort anscheinend noch an dem Vorfall, eine Aktion gegen die ungarischen Bolschewisten zu unternehmen, teilhatte. Die Truppen seien verfügbar und eine Aktion gegen Ungarn würde wahrscheinlich nicht den Widerstand französischer Kreise finden, denn diese bei früheren Aktionen gegen Rußland entgegengestellt hätten. Die Marjolle berichtet nach diesen Meldungen lebhafte Tätigkeit, da von dort aus die Truppen verschickt werden sollen. General Mangin ist zum Oberkommandierenden der Armee gegen Ungarn ernannt worden. Nach der Information sollen bereits die Italiener Preßburg besetzt haben und im Begriffe sein, die Bahnlinie nach Budapest zu bauen. Auch in Stuhlmeyenburg soll eine italienische Abordnung eingerückt sein. In Raab werden italienische Truppen erwartet.

Nach einer Londoner Meldung waren britische Kanonenboote die Donau nach Budapest hinauf, weil dort geschossen wird und Straßenkämpfe stattfinden. Demgegenüber meldet das ungarische Telegraph-Kontor-Bureau offiziell, daß Ruhe und Ordnung in Budapest herrschen. Alle diese Meldungen bedürfen noch der Bestätigung.

In der Entente-Presse klingt noch die Behauptung über die Ereignisse in Ungarn fort, von der, wie die Action française schreibt, auch die Friedenskonferenz ergriffen worden sei. Daily Telegraph deutet die Wirkung der Vorfälle in Ungarn auf. Nach dem Krieg gegen Ungarn ernannt worden sei. Daily Telegraph deutet die Wirkung der Vorfälle in Ungarn auf. Er meint, die Staatsmänner, die jetzt täglich in Wilhelms Wohnung zusammenkommen, seien lebendes Endes eines Kriegsrats. Tempo aber mahnt die Pariser Konferenz zur Eile, denn es wäre schrecklich, wenn nach einigen Wochen des Siegesreiches den Alliierten Ost und Mitteleuropa mit dem radikalisierten Deutschland an der Spitze gegenüberstünde.

Ungars Vertreter in Wien.

Bien, 26. März. Als Vertreter der ungarischen Regierung in Deutschland treten hier Dr. Bela und Feodos in Wien eingetroffen und haben dem Einsatzsekretär des Außenministeriums Dr. Bauer ihren Auftrag übergeben.

Lebensmittel für Dresden?

Nach einer Meldung der B. Z. am Mittag aus Hamburg ist dort der Dampfer Lammenberg mit 15.000 Fischen Fischkonferenzen aus Norwegen angelommen. Ferner trifft der Dampfer Greifswald mit 13.000 Fischen Heringen ein, die in Räumen nach Dresden verladen werden, und der Dampfer Hermia mit 15.000 Fischen und Hälften Fischkonferenzen und Heringen, die für Breslau bestimmt sind.

Wie die B. Z. von gutunterrichteter englischer Seite erfahren haben will, trifft demnächst eine größere Studienkommission englischer Parlamentarien aller Parteien in Deutschland ein, um ein Bild von den hiesigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zu gewinnen.

Die Absicherung der Lebensmittelschiffe.

Hamburg, 26. März. Die Absicherung der im Hamburger Hafen liegenden Lebensmittelschiffe nimmt einen befriedigenden Fortgang. Ein großer Teil der für die Heimbeförderung von Truppen hergerichteten Dampfer ist bereits nach England übergezogen und wartet dort auf weitere Order. Andere sind zur Abfahrt bereit oder befinden sich zur Vorbereitung von Rennbootwettbewerben in den Werften. Es kommen insgesamt 120 Schiffe zur Absicherung.

Bremen, 26. März. Trop anfangs harschkeiter Belagerung eines großen Teils der Seeflotte, deutsche Handelsflotte nach England und Frankreich zu überführen, inzwischen die Anstrengungen der an die Verbündeten abzuliefernden Schiffe gewährleistet. Nachdem bereits gestern und vorgestern mehrere Handelskämper von Bremen und Bremerhaven ausgeladen sind, zeigen heute wieder die Handelskämper Zeppelin, Prinz Adalbert und Wilhelm in See. Der Kampf Wismar wird verneinadnung folgen.

Mussicht auf Zusicherungen.

Wie aus Berlin berichtet wird, beabsichtigt das Kabinett gestern mit der Finanzierung der Lebensmittelversorgung und ermächtigte Herrn v. Braun in Rostock, die Vereinbarung abzuschließen. Bei solcher Sicherung der in Aussicht gestellten Stärke ist zu hoffen, daß allmählich auch eine Sicherung der Ernährungskette durch Ausgabe von Zukäufen erzielt werden kann. Die Führerungen in dieser Hinsicht können aber so lange nicht gegeben werden, als die Sendungen noch nicht zu übersehen sind.

Die zwei Wilhelme.

Die monarchistische Deutsche Zelung verhindert immer noch die tatsächliche Dokumentation aus den Novemberberichten. Es handelt sich um einen Brief des Grafen Eberhard an seinen ältesten Sohn vom 9. November, einem Telegrammwechsel über die weitere militärische Entwicklung, die die Nichtverbindung des früheren Kronprinzen, dargestellt vom 11. November, und um einen Brief, den am gleichen Tage der frühere Kronprinz an Hindenburg gerichtet hat.

Der Brief Wilhelms an seinen Sohn hat folgenden Wortlaut:

Mein lieber Junge!
Natürlich der Feldmarschall mit gewis, daß er meine Sicherheit im Kaiserstaat nicht mehr verbürgen könne und daß auch die Truppen nicht mehr zuverlässig seien, habe ich mich nach schwerem inneren Kampf entschlossen, das zusammengehorende Heer zu verlassen und nach Holland zu ziehen. Ich rate dir, bis zum Abschluß des Kaiserstaates auf deinem Posten auszuharren. In Berlin bekämpfen doch unter Führung von Ebert und Liebknecht zwei Regierungen, Postkabinett auf Wiedersehen in besessene Seiten.

Den neuer liegegebauer Vater Wilhelm.

Zum 11. November ging dann ein Genossen Ebert folgendes Telegramm:

S. A. d. des Kronprinzen hat den dringenden Wunsch, auf seinem Posten zu bleiben, um wie jeder andre Soldat seine Pflicht zu tun. Er wird sein Heer in straffester Disziplin und Ordnung in die Heimat zurückführen und verpflichtet sich, in seiner Weise in dieser Zeit gegen die jewige Regierung etwas zu unternehmen. Wie stellt sich die Regierung zu dieser Frage?

Am nächsten Abend lief folgende Antwort ein:

Nach Vortrag des Kriegsministers Schück müsse die Regierung die Anfrage des Kronprinzen in verneinendem Sinne beantworten.

Der Kronprinz schrieb darauf an Hindenburg einen Brief, der mit folgenden Worten beginnt:

In diesen für meinen Herrn Vater und mich schwierigen Tagen unser Lebens muß ich mich auch von S. A. verabschieden. Vieles habe ich mich entschließen müssen, von der mir durch S. A. erteilten Genehmigung Gebrauch zu machen, meinen Posten als Oberbefehlshaber niedergelassen und meinen Aufenthalts zunächst im neutralen Auslande zu nehmen. Erst nach Jahren, wenn ich kämpfen habe ich mich zu diesem Schritt durchdringen können, trocken es mir mit allen Fasern meines Herzens widersetzt, meine Heeresgruppe und meine tapferen Truppen, denen das Vaterland so unendlich viel verdankt, nicht in die Heimat zurückzuführen zu können.

Der Briefschreiber versichert dann noch einmal, daß er stets dafür eingetreten sei, den Krieg als Verteidigungskrieg zu führen und mit einem Statusquo-frieden zu denken. Er sei stets für einen freiheitlichen Ausbau des Staats ge-

wesen und habe das auch dem Prinzen Mag geschrieben. Dann fügt er fort:

Trotzdem bin ich, als die Nacht der Ereignisse meinen Herrn Vater vom Thron stürzte, nicht nur nicht gehört worden, sondern man ist über mich als Kronprinz und Thronfolger einfach zur Tagessordnung übergegangen. Ein Vergleich ist von mir weder gefordert noch gesucht worden.

S. A. bitte ich daher, Kenntnis zu nehmen, daß ich gegen die Vergewaltigung meiner Person, meine Rechte und Ansprüche Verhinderung einlegen muß.

Schließlich beklagte sich der Kronprinz darüber, daß er dem Lande als Offizier habe weiter dienen wollen, daran aber gehindert worden sei.

Außerdem der Hofkreise und ihrer nächsten Anhänger schaft wird man es wohl begreifen finden, daß eine republikanische Regierung keinen Wert auf die weitere Verbundenheit eines Offiziers legt, der an seinen "Rechten und Ansprüchen", Kaiser zu werden, festhält. Der Briefschreiber selbst wird von allen, die ihn kennen, als ein unbedeutender und wenig gesegelter junger Mensch geschillert, der sich von den aldeutschen und militaristischen Kreisen mehr gebraucht lieg, als daß er durch höhere Überzeugung zu ihnen gehöre. Eine hervorragende Kraft ist mit ihm nicht verloren gegangen.

Ein interessanter jedoch an der ganzen Korrespondenz ist die hoffnungsreiche Mitteilung, in Berlin befürworten sich zwei Regierungen, Ebert und Liebknecht, ein Umstand, der einen Ausblick auf "besessene Seiten" zu eröffnen scheint. In einer prägnanten Wendung ist hier ausgedrückt, daß die monarchistische Aktion ihre ganze Hoffnung auf den inneren Kampf in der revolutionären Bewegung setze und noch setzt. Ohne ihn wäre sie auch nicht wieder so mutter, wie sie es schon wieder ist. Totengräber der Revolution nannten vor datum schon mehrmals jene unabhängige sozialistischen Elemente, die die junge sozialistische Demokratie schon wieder zu führen suchen, no ewige sie bestätigt ist.

Neue Verwicklungen im Ruhrgebiet.

Die Lage im Ruhrkohlenrevier hat sich unter Anzahl von neuen verschärft und die Streikbewegung hat wieder einen größeren Umfang angenommen. Gestern sind die Belegschaften von zwölf Betrieben des Ruhrreviers in den Ausstand getreten. Es handelt sich hauptsächlich um Betrieb in der Dortmunder und Bodenauer Gewerbe, wie die Jochen Dorfseid, Kaiserfahl, Tremont u. s. w. Zum großen Teil sind die Arbeitsschließungen mit den in Witten vorgekommenen Unruhen in Verbindung zu bringen. Im besetzten Gebiete streift ferner die Belegschaft der Rhein-ruhrischen Bergwerksgeellschaft. Ferner sind auch zwischen dem Hördernmaschinenverband und dem Ruhrgegenverband schwere Differenzen wegen der Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen entstanden. Die Hördernmaschinen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben in einer zu Essen abgehaltenen Tagung einstimmig die Erfüllung ihrer Forderungen verlangt und dem Betriebsverband das kurze Ultimatum bis zum 28. März, vormittags 8 Uhr, gestellt. Falls der Betriebsverband bis dahin die Forderungen nicht restlos erfüllt hat, treten die Hördernmaschinen im ganzen Ruhrkohlenbergbau sofort und geschlossen in den Ausstand. Den Betriebsverwaltungen wird nur die Möglichkeit der Annahme oder der Ablehnung der Forderungen gegeben. Verhandlungen werden von den Hördernmaschinen abgelehnt. Falls es zum Ausstand der Hördernmaschinen kommt, tritt eine vollständige Stilllegung des gesamten Ruhrkohlenbergbaus mit ihren folgenwütigen Wirkungen für unser deutsches Wirtschaftsleben ein. Angesichts dieser höchstens Lage im Ruhrrevier hat die Regierung unermüdlich in den Konflikt eingegriffen. Das Oberbergamt Dortmund verhandelt unentwegt mit dem Hördernmaschinenverband und verfügt den Ausbruch des Streiks zu verhindern.

Zum mittelfesten Braunkohlenrevier kommt es zum erstenmal die Einsicht in Witten, daß die Delegierten der Gewerkschaften und unerwartetlich ein politischer Druck gegen das Generalrat mit allen seinen schweren Folgen veranlaßt worden sind. Das drohte eine in Stößen abgehaltene Belegschaftsversammlung der Vertraulandsleute des Bergarbeiterverbandes zum Ausdruck; sie nahm mit 61 gegen 9 Stimmen eine Entschließung an, in der festgestellt wird, daß die Delegierten der Konferenz vertrüllt werden. Als er allein war, wollte er seinen Schemel von der Wand abrücken, aber der war angeschleppt. Grainquebille äußerte ganz laut seine Verwunderung darüber:

"Sonderbar, sonderbar — auf so was wär' ich nie gekommen." Dann setzte er sich wieder, drehte die Daumen übereinander und starrte vor sich hin. Er hatte Langeweile und dachte mit Sorge und Besorgnis an seinen Karren, den er mit Beschlag belegt hatte, und der doch ganz mit Kohl und Rüben, Sellerie, Salat und andern Gemüsen beladen gewesen war.

Wollt Ihr mich fragen Grainquebille sich:

"Wo können Sie nur mit meinem Wagen geblieben sein?"

Am dritten Tage besuchte ihn sein Advokat. Walter Seimere war einer der jüngsten Gerichtsanwälte von Paris und Präsident einer Sektion der französischen, bayerländischen Elga.

Grainquebille versuchte seinen Fall zu erzählen, was ihm seltsam leicht fiel, denn er fand nur mühsam seine Worte. Vielleicht hätte er es doch fertig gebracht mit ein wenig Hilfe. Aber sein Advokat schüttete nur mißtrauisch den Kopf zu allem, was er sagte, und indem er in den Papieren blätterte, murmelte er:

"Um, um, davon sehe ich ja gar nichts in den Akten."

Dann stocherte er sich mit einer etwas müden Bewegung über den gepflegten, blonden Schnurrbart und sagte:

"Ich rate Ihnen, in Ihrem eigenen Interesse, ein offenes Geständnis abzulegen. Dies System, alles ablegen zu wollen, ist sehr ungescickt."

Von nun hätte Grainquebille gern gestanden, wenn er nur gewußt hätte, was er eigentlich gestehen sollte.

Grainquebille vor Gericht.

Der Präsident widmete dem Verhör von Grainquebille genüge sechs Minuten.

Dieses Verhör hätte entschieden mehr Rücksicht in den Sach-

sachen und diese gewissenlose Handlungswelt und wird in Zukunft solche arbeiterfeindlichen Beschlüsse zu verhindern wissen.

In Groß-Berlin hatte bekanntlich die kommunistische Partei gleich nach Beendigung des letzten Generalstreiks unter der Arbeiterschaft lebhaft für einen Generalstreik geworben, der gestern begonnen sollte. Die Agitation erfolgte in einem Maße wie kaum jemals zuvor, aber es ist nirgends gestreikt worden. Die Arbeiterschaft scheint sich darüber fast geworden zu sein, welchen Nutzen solche politischen Streiks augenblicklich brächten.

Standrecht in Spanien.

Über ganz Spanien wurde das Standrecht hängt. In Barcelona, wo der Generalstreik gestern abgebrochen ist, liegen alle Betriebe still. Nachdem zunächst der Betriebsrat über Barcelona verhängt worden ist, wurden jetzt ein Dekret die konstitutionellen Garantien für das ganze Land aufgehoben. Eine vollständige Spanische Unruhe steht bevor. Polizeiwache Elemente sollen nach Madrid eilen. Wie unglücklich die Erfahrungen, die Groß Spaniens beim Übergang infolge der lokalen Konflikte die Vertragsfrage gestellt.

Die Lage in England.

Amsterdam, 27. März. Aus London wird gemeldet, daß es nicht richtig sei, die Lage in den Bergwerksbetrieben als ziemlich zu bezeichnen. Man müsse jedoch sagen, daß es auf jeden Fall höchst ernst ist, trotzdem die Führer eines berufenen, um eine Verschärfung der Situation zu verhindern. Ein großer Teil der Arbeitnehmer beharrt nach wie vor weiter auf der reaktionären Forderungen. Jedoch, falls aber wieder die Führer des Bergbaus den Versuch machen, eine Verschärfung herbeizuführen, so werden die Arbeitnehmer zur Annahme des Regierungsbündnisses zu bewegen. Wahrscheinlich werde auch das Angebot der Regierung bei den großen Mehrheit der Arbeiter gutgeheißen werden.

Die Wahlen zu den Arbeiterräten.

Während in den vielen Städten des Deutschen Reichs die Wahl der Arbeiterräte glatt vorstehen gegangen ist, wird in Paris von den Unabhängigen und Kommunisten dieser Wahl Abstand entgegengesetzt. Eine am Montag abgeholte Volksabstimmung hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Wahlen bis zum Ende nicht mehr in die Wege geleitet werden dürfen. Es ist ein Interesse, die Gründe zu untersuchen, die die Unabhängigen und Kommunisten zu dieser Stellungnahme veranlaßt haben. Wie steht darüber folgendes: Von dem Bestand der Mehrheitssozialdemokratie sind seit der Gründung der Räterepublik eine große Anzahl von Arbeiterräten über unabhängige und über jeglichen Einflusslosen, 150 bis 160 Mitglieder umfassende kommunistische Fraktion hinweggewechselt. Diese Arbeiterräte sind von Mehrheitssozialdemokraten gewählt, wo sie haben den Austritt aus der sozialdemokratischen Fraktion und den Eintritt in eine gemeinsame Gemeinschaft vollzogen, ohne sich einer Wahl unterzogen zu haben. Sie haben also bei den Wählern keine politische Basis mehr. Sie sind Unabhängige oder Kommunisten geworden aus eigener Entscheidung, nicht aus der Willkür ihrer Wähler. Der normale Prozeß war gewesen, daß alle diese Arbeiterräte, bevor sie den Übergang ins bürgerliche Lager vollzogen, ihre Mandate ihren Wählern zur Verfügung gestellt hätten. Das ist jedoch in keinem einzigen Falle geschehen. Es liegt hier ein Fall vor, wie er in der öffentlichen Rerizierung nicht oft vorzukommen will.

Diese Tatsache hat auf den demokratisch zusammengetretenen zweiten März Kongress die Wirkung, daß sie die Zusammenarbeit dieses Kongresses fälscht. Eine politische Wirkung wird allerdings bestrebt sein, weil bei den bis jetzt im Reich eingeschlossenen Wählern die Mehrheitssozialdemokratie überwiegend gewählt sind. Es sind nur eine einzelne Unabhängige und mit wenigen Kommunisten an der Urne herorgegangen.

Auch die Gegenseite der Unabhängigen und Kommunisten gegen die Bergarbeiter wird sofort verständlich, wenn man ihr gegenübersteht, daß bei den von ihnen geforderten Bergarbeiterverbandes im Februar eindeutig fälschlich war. Der normale Prozeß war gewesen, daß alle diese Arbeiterräte, bevor sie den Übergang ins bürgerliche Lager vollzogen, ihre Mandate ihren Wählern zur Verfügung gestellt hätten. Das ist jedoch in keinem einzigen Falle geschehen.

Als die im Germaniaaal tagende Volksversammlung Mittwoch vorzeitig um 10½ Uhr eröffnet wurde, teilte der Vorsitzende Nicht mit, daß der Völkerpräsident des S. P. D. gegen die Wahlen am Samstag zurückgezogen ist. Die Wahlen also in der Volksversammlung vorgenommen werden können.

Bei seinem Eintritt in die Zelle fiel ihm besonders die groÙe Sauberkeit der Mauern und Decken auf. Er sagte sich: "Höchst sauber hier, man könnte schlafen vom Boden essen."

Als er allein war, wollte er seinen Schemel von der Wand abrücken, aber der war angeschleppt.

Grainquebille äußerte ganz laut seine Verwunderung darüber:

"Sonderbar, sonderbar — auf so was wär' ich nie gekommen." Dann setzte er sich wieder, drehte die Daumen übereinander und starrte vor sich hin. Er hatte Langeweile und dachte mit Sorge und Besorgnis an seinen Karren, den er mit Beschlag belegt hatte, und der doch ganz mit Kohl und Rüben, Sellerie, Salat und andern Gemüsen beladen gewesen war.

Wollt Ihr mich fragen Grainquebille sich:

"Wo können Sie nur mit meinem Wagen geblieben sein?"

Am dritten Tage besuchte ihn sein Advokat. Walter Seimere war einer der jüngsten Gerichtsanwälte von Paris und Präsident einer Sektion der französischen, bayerländischen Elga.

Grainquebille versuchte seinen Fall zu erzählen, was ihm seltsam leicht fiel, denn er fand nur mühsam seine Worte. Vielleicht hätte er es doch fertig gebracht mit ein wenig Hilfe. Aber sein Advokat schüttete nur mißtrauisch den Kopf zu allem, was er sagte, und indem er in den Papieren blätterte, murmelte er:

"Um, um, davon sehe ich ja gar nichts in den Akten."

Dann stocherte er sich mit einer etwas müden Bewegung über den gepflegten, blonden Schnurrbart und sagte:

"Ich rate Ihnen, in Ihrem eigenen Interesse, ein offenes Geständnis abzulegen. Dies System, alles ablegen zu wollen, ist sehr ungescickt."

Von nun hätte Grainquebille gern gestanden, wenn er nur gewußt hätte, was er eigentlich gestehen sollte.

Grainquebille vor Gericht.

Der Präsident widmete dem Verhör von Grainquebille genüge sechs Minuten.

Dieses Verhör hätte entschieden mehr Rücksicht in den Sach-

gesachen und diese gewissenlose Handlungswelt und wird in Zukunft solche arbeiterfeindlichen Beschlüsse zu verhindern wissen.

In Groß-Berlin hatte bekanntlich die kommunistische Partei gleich nach Beendigung des letzten Generalstreiks unter der Arbeiterschaft lebhaft für einen Generalstreik geworben, der gestern begonnen sollte. Die Agitation erfolgte in einem Maße wie kaum jemals zuvor, aber es ist nirgends gestreikt worden. Die Arbeiterschaft scheint sich darüber fast geworden zu sein, welchen Nutzen solche politischen Streiks augenblicklich brächten.

Ich gab ihm dreimal den Befehl, weiter zu schreiben, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

er das nicht, und als ich ihm darauf drohte, daß ich

Eine Rede Scheidemanns.

Weimar, 26. März,

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ergriff vor Eintreten in die Tagesordnung Ministerpräsident Scheidemann das Wort zu folgenden Erklärungen:

Die auswärtige Politik steht im Grunde unverändert. Zugleich mehrten sich die offiziösen Meldungen aus dem Auslande, in denen neue Erwähnungen in den zu erwartenden Friedensbedingungen angekündigt werden. Überhaupt Summen Schadensersatz sollen uns aufgezeigt werden. Strecken deutsches Landes und genommen und erblühende Belehrungen in unseren finanziellen und militärischen Angelegenheiten uns befallen werden. Sicherlich ist ein großer Teil dieser angeblichen Verbindungen erfunden. Erfunden zu dem Zweck, uns noch und noch durch ihre Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns die endgültigen Bedingungen fast erträglich erscheinen. (Sehr richtig.) Erfunden zu dem Zweck, eine Atmosphäre zu schaffen, die unter diesem Druck die Freiheit gegen einen Gewaltfeind erfüllen würde. (Lebhafte Zustimmung.) Unser gewähltes, noch präzisierter als vorigen Tag, vom Waffenstillstand mithandelndes Volk hat diese Methoden erkannt. Durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei nicht durchwirklicher Art, sondern ein laufender besteter Verleugnung, ein Appell an die höchste Instanz, die es gibt,

an das Gewissen der Menschheit.

(Sehr wahr.) Zu Tausenden kommen die Freunde aus Provinzen, Städten und Dörfern, teils in der Sprache des Staatsrechtlers, teils in eingesetzten Wörtern von Arbeitern und Bauern, aber niemals aus der höchsten Angst und der leichten Bravur, sondern aus materiellen Gründen, sondern aus vaterländischen Tugenden, durch den Nachdruck der Begründer, die Zugehörigkeit an der deutschen Nation zu betonen. Bei Deutschland wollen sie bleiben, bei dem verarmten und geplagten, mit Wunden und Schültern bedeckten Deutschland.

Sie wollen Wunden und Schulden mittragen, das ganze Kerkus eines besieгten Volkes mittragen, nur wollen sie sich im Leben und Sterben nicht anders fühlen und denken können: denn als Deutsche. Die Reichsregierung weiß, daß diese Treue zum Reich bis zur Selbstverleugnung zu geben wünscht, daß diese Treue das wertvollste Gut ist, das ihr zur Verwaltung übertraut wurde. Sie wird es sich von keiner Seite schwärmen lassen, sicher von innen, nach außen, nicht von rechts und nicht von links. Als das Wilhelmische Reich anscheinend in der höchsten Blüte stand, hatte es

mit der größten Fleißüberfrothenheit zu kämpfen.

Die deutsche Republik, die nichts an Gegenwart, sondern nur Zukunft zu bieten hat, erlebt es, daß das Verteilungsrecht der Schuldengemeinschaft aller Deutschen täglich lautet und inniger wird. Das viel zitierte Sprichwort hat in diesen Tagen eine Aenderung erfahren: Nur kennt ein Gott! Zusammenstehen, keinen persönlichen Vorstellungsmodell, sondern zu sein: ein eins Volk von Brüdern, in keiner Art sich trennen noch Gefahr! (Stürmische Beifall.) Es ist nichts von Chauvinismus; es gibt in diesem Zusammenbruch nichts von nationaler Überheblichkeit.

Aber sie rufen uns die sogenannten Abstolzen von links zu: das deutsche Volk hat gar kein Recht zum Protest gegen Vergewaltigung.

Reichs-Blitz und Untere

seien unsre Schuld. Wo deutsche Schuld liegt, da darf es am deutlichen Schuldennimittis nicht fehlen. Die Reichsregierung hat ihren bisherigen Gegnern die Errichtung eines internationalen Staatsgerichtshofs vorgekämpft, der die Schuldfrage nach allen Seiten prüfen und dann urteilen sollte. England hat diesen Vorstoß abgelehnt. (Hört, hört!) Es ist also nicht unsre Schuld, wenn dieser von uns selbst vorgekämpfte Prozeß ungestellt bleibt. Aber selbst, wenn Deutschland alle Verbrechen, die er man es begangen, wirklich schuldig wäre, hat es, so glaube ich, die Unmöglichkeit, darum

heilige Recht verloren, gegen Vergewaltigung zu protestieren. (Sehr gut!) Hat es darum das Recht verloren, gegen Spuren zu protestieren, die ihm die Gurgel zubilden würden? (Zuruf bei den Linken. Sag: Wie nicht, aber Sie!) Was von uns jemals noch über (zu den Linken. Sag: Weining) an Vergewaltigung beschuldigt worden ist, es reicht auch nicht an, um das daran, was unsre Gegner und gegenüber schon ausgeführt haben und noch ausführen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Später ist schlimmer als jetzt, weil Spuren zeigt, daß von West nicht gerettet hat.

Aber nicht nur die äußerste Linke schwächt unsern Stellung vor dem bitteren Ende. Am letzten Sonntag fanden einige Versammlungen in Berlin statt, einberufen unter dem Einfluß der Meldungen, daß Westpreußen, Danzig, das Saargebiet ihre Unabhängigkeit zum Reich zu verlieren drohten. Der Reichsminister hofft für diese, allen Deutschen und allen Parteien gleichermaßen am Herzen liegenden Ausgebungen die Bestimmung des Belagerungszustandes aufgehoben und hat die Strafe freigegeben. Aber was erfolgte? Es war für einen Teil des Publikums dieser Versammlungen schon kennzeichnend, daß die Ausführungen des Reichsministers Erzberger und meines Verteidigungsministers mit lärmenden Ausgebungen unterbrochen wurden, gegen den Widerspruch der überwältigenden Mehrheit, nur weil die beiden Redner sich auf den Boden des Willkürkommunismus gestellt aufschreiben müsse, da schimpfte er mich Verächter Polyps, was mir beleidigend erschien."

Diese gemeinsame, bestimmte Wutfrage wurde von den Richtern mit sichtlichem Wohlwollen aufgenommen.

Der Vertheidigung waren Madame Bazard, die Schauspielerin, und Doctor Matthieu als Zeugen geladen worden.

Madame Bazard hatte nichts gesehen und gehört. Der Arzt hatte sich in der Menge befinden, die den Schauspieler umgeben, als dieser den Händler ermahnte, weiter zu fahren.

Seine Aussage verursachte einen Zwischenfall. "Ich war Zeuge der Szene," sagte er. Der Schauspieler hat sich berichtet, der Mann hat ihn nicht bestreitigt. Ich habe ihm das damals gleich gesagt, aber er bestand auf der Verhaftung und verachtete mich, meine Erklärung vor dem Kommissar abzugeben, was ich auch getan habe."

"Sie können sich setzen," sagte der Präsident.

Vertheidigter, rufen Sie mal den Zeugen Matthei wieder her!"

"Warten, als Sie die Verhaftung des Angeklagten vornahmen, hat Sie den Doktor Matthei darauf aufmerksam gemacht? doch Sie sich gelöscht hätten?"

"Ja, num' s Herr Präsident, er hat mich beleidigt."

"Was sauer er denn?"

"Er hat Verächtlicher Polyp gejagt."

Im Justizsaal wurde Lärm und Gelächter laut.

"Sie können zurücksetzen," beruhigte sich der Präsident zu sagen, dann wandte er sich ans Publikum und sagte, daß er den Saal räumen lassen würde, wenn noch einmal derartige ungehörliche Ausgebungen laut würden.

Währenddessen fuchtelte der Vertheidiger mit dem Stock triumphierend in der Luft herum und alle gaben hin, daß Grauenqueville freigesprochen werden sollte.

(Fortsetzung folgt.)

holten. (Hört, hört!) Welche Kräfte hier am Werke politischer Sabotage waren, steht so recht der sogenannte

Nationalbank deutscher Offiziere, ein kleinstes politisch unrechtsbewußter Herren. (Große Unruhe rechts. — Zurufe: Na, na! — Lärm links.) Ich wiederhole, daß es sich bei diesem Nationalbank deutscher Offiziere um einen kleinsten politisch unrechtsbewußter Herren handelt, in deren Kreise der ehemalige Reichs-

Summen Schadensersatz sollen uns aufgezeigt werden. Streitende deut-

schen Landes und genommen und erblühende Belehrungen in unferen finanziellen und militärischen Angelegenheiten uns befallen werden. Sicherlich ist ein großer Teil dieser angeblichen Verbindungen erfunden. Erfunden zu dem Zweck, uns noch und noch durch ihre Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns die endgültigen Bedingungen fast erträglich erscheinen. (Sehr richtig.) Erfunden zu dem Zweck, die Freiheit gegen einen Gewaltfeind erfüllen würde. (Lebhafte Zustimmung.) Unser gewähltes, noch präzisier als vorigen Tag, vom Waffenstillstand mithandelndes Volk hat diese Methoden erkannt. Durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei nicht durchwirklicher Art, sondern ein laufender besteter Verleugnung, ein Appell an die höchste Instanz, die es gibt,

Heil Dir im Siegerkranz

zu singen und durch das Ausbringen von Kaiserhochs eine gemeinsame Sache des ganzen Volks zu misbrachten für die armelige Republik einer Gruppe von 1700 gegenüber 38 000 Mitgliedern des Deutschen Offiziersbundes, der von solchen politischen Aspern nichts wissen will. (Hört, hört!) Wohlbekannt dem

General Ludendorff

Obvention hat, der sich natürlich ganz auffällig genau zu der Minute in der Wilhelmstätte befand. Wir lassen uns das Recht, großes Unrecht beim rechten Rahmen zu nennen, nicht nehmen, ebensoviel aber lassen wir unsre Freunde gegen Vergewaltigung zu dauerhaften Kreiseln umfassen. Vielleicht voran gerade die Kreise bei der Anschuldigung des Landessouveräns gegen anderes Schritte bei der Hand, die am Sonntag zum großen Unwillen des ganzen Landes diese Szenen auf den Straßen Berlins aufgeführt haben. Glauben Sie das, was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, ist nicht gewollt, aber

in seinen Wirkungen war es Landesverrat.

(Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit, großer Lärm rechts.) Sie haben unsre Freunde wieder Grund zu der Behauptung gegeben, bei uns ist alles beim alten geblieben. Nach wie vor herrscht bei uns das Kurfürstentum, Ludendorff ist noch wie vor der jüngsten Wahl und sie alle seien nur zum Schein vor die Türe gefetzt. Wie protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Vorlammnisse von Sonntag; wie protestieren gegen die falschen Verküsse, die die Freiheit der Revolution nicht für uns, sondern gegen uns mißbrauchen. Ich weiß nicht, wie man dieses Treiben am besten Kronwachen soll (Lärm rechts); an unserm Leibenden, von jeder militärischen Kraft ausbüchsig und der Strömung preiszugegebenen Volk. (Gut für die Unterbrechung rechts; Das ist die Schuld der Revolution; Lärm und Zurufe links; Ludendorff ist schuld.) Bewegung im ganzen Hause. Wie werden uns das Herausbeschließen neuer außerpolitischen Gefahren durch einen Hanoverianer nicht weiter gefallen lassen, wir dulden das nicht. Stillschweigen wäre hier Milde und Nebenwesen wäre Verbrechen am eigenen Volk. (Mit erhobener Stimme fortlaufend): Wir werden die Herren zu fassen wissen, die eine derartige Schuld bei Vergangenheit auf eine neue Generation übertragen wollen. (Hört, hört und Begegnung.) Die Unwissenheit des Generals Ludendorff bei diesen Vorgängen soll nicht leichter Herzess brüchtest werden. Seine Schuld oder Nichtigkeit wird sich nur aus seinem Verhalten während des Kriegs beurteilen lassen. Er hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines

Staatsgerichtshofes

verlangt, er soll es haben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit; Zuruf rechts: Aber ein unabhängiger Gerichtshof!) Wie werden dafür Sorge tragen, daß dieser Gerichtshof unparteiisch zusammengetragen wird. Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß wir schließlich einen Gesetzentwurf zur Errichtung eines Staatsgerichtshofs bei diesem hohen Haufe einbringen werden, um nach dieser Seite zu dokumentieren: Das neue Deutschland läuft für sich und für andre, für innere und für äußere Gegenseitigkeit nur um das eine: Die Weisheit des Rechtes und nur des Rechtes. (Beifester Beifall.) Dann, nur dann, kann uns aus der Freiheit der nächsten Woche der gerechte werden.

(Abg. Schulz, Brandenburg (Deutschland):) Ich hoffe wird das Beibehalten noch einer Verteilung dieser hochbeobachteten Rüte haben. Wenn auch nicht sofort, so werden wir uns bei der Festlegung der nächsten Tagesordnung vor einem solchen Antrag zu stellen.

Präsident Scheenbach: An sich ist eine Versprechung nach Bekanntmachungen außerhalb der Tagesordnung nicht zulässig.

Aber das Bedürfnis des Vorredners ist durchaus verständlich und beim Abstecher, der morgen auf die Tagesordnung kommt, werden sich Betrachtungen allgemein politischer Art anbringen lassen.

Hierauf wird die Versprechung der Interpellation über

Mittelstand und Kleingewerbe

fortgesetzt.

Abg. Herrmann (Münster, Dem.): Millionen deutscher Handwerker und Kaufleute haben heute die bange Frage auf den Lippen, welche diese Regierung auch unsrer Lebensnotwendigkeiten gerecht? Die Antwort des Ministers Wissell hat uns nicht in mühsamstem Worte bestreift. Wie denkt sich der Reichsminister die Durchführung des Arbeitsmarkttages in den Saalfeldbetrieben? Hier darf nicht schamlos verhöhnt werden. Meine Freunde lehnen es entschieden ab, jetzt mit einer Sozialisierung der Pädagogik, Kleingewerbe und des Baugewerbes vorzugehen. Die Kriegserhaltungen haben gezeigt, daß die Gemeinden die allgemeinste politische Verteilung für leicht verderbliche Lebensmittel sind. (Sehr wahr!) Wir wollen keine Beschränkung, aber auch keine Verzerrung der Konsumgenossenschaften gegenüber dem Kleingewerbe.

Abg. Hugo (Deutsche Volks): Wenn schon die Vertreter des Zentrums und der Demokratie sich v. den Ausführungen des Reichswirtschaftsministers nicht sehr dignifiziert erfreuen, so mag ich die neuen politischen Freunde diese Aufsicht noch unterstützen. So weit durch Siegener Kapoole das Handwerk getroffen werden soll, muß es angemessen entlastigt werden. Unser kleinen Unternehmen darf unsre Regierung einen Lebenstervertrag zusichern, der nicht aufhebt.

Abg. Wurm (Linke. Sag: Ich kann die Vertreter des

Zentrums und der Demokratie nicht sehr dignifiziert erfreuen, so mag ich die Aufsicht noch unterstützen. So weit durch Siegener Kapoole das Handwerk getroffen werden soll, muß es angemessen entlastigt werden. Unser kleinen Unternehmen darf unsre Regierung einen Lebenstervertrag zusichern, der nicht aufhebt.

Abg. Wurm (Linke. Sag: Ich kann die Vertreter des

Zentrums und der Demokratie nicht sehr dignifiziert erfreuen, so mag ich die Aufsicht noch unterstützen. So weit durch Siegener Kapoole das Handwerk getroffen werden soll, muß es angemessen entlastigt werden. Unser kleinen Unternehmen darf unsre Regierung einen Lebenstervertrag zusichern, der nicht aufhebt.

Abg. Elsenerger (Bauer, Bauernbund): Die Sozialisierung ist berechtigt beim Großbetrieb, aber das Handwerk, den Mittelstand und die kleinen Gewerbe kann man unmöglich sozialisieren.

(Beifall rechts und im Hintergrund.)

Abg. Briesen (Deutschland, Volks): Die Erfahrungen von Münster haben uns nicht bestreitigt. Unsre Verhältnisse bleiben bestehen.

Das Handwerk ist auch weiterhin notwendig und auf manchem Gebiet dem Großbetrieb durchaus konkurrenzfähig.

Damit schließt die Versprechung.

Rückfrage Sitzung Donnerstag 3 Uhr. Reitet sie 1919.

Wie der Waffenstillstand zustande kam.

Verschiedene Presseäußerungen der letzten Tage, die sich mit der Entstehung des deutschen Waffenstillstandsangebots beschäftigen, nötigen, so kritisiert der Vorwärts, noch einmal die folgende Zeitteilung: Das Waffenstillstands- und Friedensangebot von Anfang Oktober ist, wie die jüngst veröffentlichten Telegramme des Generals Ludendorff vom 1. Oktober beweisen, durch die Oberste Heeresleitung veranlaßt worden. Prinz Max von Baden hat sich gegen die Zustimmung, sofort bei seinem Amtsantritt an die Feinde mit einem Waffenstillstandsangebot heranzutreten, heftig gesträubt. Sein Widerstand ist aber durch die immer erneuten Anfälle der Oberste Heeresleitung auf eine drohende militärische Katastrophen gebracht worden. Es ist aber auch ungünstig, daß die Oberste Heeresleitung Anfang Oktober immer wieder betont hätte, die Westfront würde gegebenenfalls inslande sein, dem Feinde weiterhin Widerstand zu leisten. In den Telegrammen des Generals Ludendorff vom 1. Oktober steht davon kein Wort. Wir veröffentlichen hier einen bisher unbekannten Brief des Generalfeldmarschalls.

Berlin, den 3. Oktober 1918.

An den Herrn Reichskanzler.
Die Oberste Heeresleitung bleibt bei ihrer am Sonntag den 29. September p. 1. gestellten Aforderung der sofortigen Herausgabe eines Friedensangebots an unsre Feinde fest. Insoweit bestehen, infolge des Zusammenbruchs der unzureichenden Schätzungen unserer Freunde und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretene sehr erbliche Verluste zu ergänzen, bestellt nach menschlichem Ermessens keine Aussicht mehr, dem Feinde den Kriegen aufzuhören. Der Gegner schreibt führt häufig neue frische Reserven in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer festgestellt und weist sieglos alle Angriffe ab. Die Lage verschärfst sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volk und seinen Verbündeten nutzlos Opfer zu ersparen. Aber veräumt der Kriegstermin ab, kann von unsre Feinde nichts von wichtigen Soldaten und Leben.

g. v. Lützow, Generalfeldmarschall.

Auf Grund dieses hochverständigen Urteils mußte jede ihrer Verantwortung stellbare Regierung im Interesse unsres blutigen Heeres das Waffenstillstandsangebot erlassen. Es stand jedoch von vornherein fest, daß nur das Willen des Programms die Grundlage eines später abzuschließenden Friedens bildete, konnte die Regierung des Prinzen Max noch die Regierung der Revolution abweichen.

Polnische Stege.

Warschau, 25. März. Agence Havas meldet: Große ist in polnischer Verwaltung. Die russische Armee ist völlig besiegt und kapituliert. Ein Befehl von den Soldaten besteht. Ein Befehl haben die polnischen Behörden eine Armee aus Russen und Juden und Polen aufgestellt.

Deutsches Reich.

Keine Plenarsitzungen der Nationalversammlung in der nächsten Woche.

Der Reichstagsausschuß der Nationalversammlung bericht gestern über die Gesetzeslage. Es wurde beschlossen, in der nächsten Woche keine Plenarsitzung abzuhalten. In dieser Woche sollen nach Beendigung des Mittelstandsbetrugs der Notstand und der Richtungsstab zur Verhandlung kommen. Es ist in der Tat möglich sein wird, die Plenarsitzungen so zu beschleunigen, daß sie bald stattfinden.

Gesetzgebung.

Drohender Streit der Dresdner Versicherungsangestellten.

Die Organisationen der Versicherungsangestellten verhandeln schon seit längerer Zeit mit den Arbeitgebern, um bis zur Schaffung eines Reichstatthaftsvertrages eine vorläufige Regelung der Gehälter und die Zahlung einer Entschädigungsbeiträge herzustellen. Lieber die Höhe der Entschädigungen und der Entschädigungsbeiträge sind sich die Verhandlungsparteien einig. Der Abschluß stand bevor, doch wollen die Arbeitgeber im letzten Augenblick die Kriegsteilnehmer wesentlich schlechter stellen, als die übrigen Angestellten. Das muß zunächst gewichen werden. Die Angestellten haben bis 29. d. M. Anerkennung ihrer Forderungen verlangt und wollen, wenn dies nicht geschieht, am 1. April in den Streik treten. Am kommenden Sonntag, vor mittags 9½ Uhr, wird im Parcours, Gerostraße 27, eine öffentliche Versammlung der Angestellten zu dieser Stellung nehmen.

Generalstreit in Wülfrath i. Eif.

Den Vorwärts wird aus St. Ludwig gemeldet: In dem seit 8 Wochen schon währenden Tertiärarbeiterstreit in den Wülfrather Webereien und Spinnereien ist es den südländ

Donnerstag den 27. März 1919

Kriegshinterbliebene!

Freitag den 28. März, abends 7 Uhr, im Kino. Wettbewerbs-

Große öffentliche Versammlung

Thema: Die Fortsetzungen der Kriegshinterbliebenen an den Staat, und warum müssen wir uns organisieren.

Referent: Herr Heyer, Dresden.

Kriegshinterbliebene! Es gilt die Wahrnehmung eurer Interessen und die Sicherstellung eurer Zukunft, darum erhebt in Massen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. (in 28)

Nachfrage! Im Saal

Gr. Skat-Turnier

am 28. M. und 29. März im

Antonstädter Kasino

Poststraße, Ecke Wallstraße.

Saal

neu vorbereitet, noch einige

Tage in der Woche frei.

Waldschlösschen-Terrasse

Telopod 22 827. Im Saal

Badewannen

Badeöfen

die Einen und Gehen

Waschbretter

mit dicker Einlage

zu 4,75 M.

Otto Graichen

Träumereiter, 15

Central-Zucker-Kaffee.

Große Parlie

Preßspäne

geschnitten als

Sohlen und Rappen

für Pantoffeln und Hausschuhs-

farbenen, auch ein

Dichtungsplatte, u. -Ring

fernen als

dauerh. Schuhauflagen

für Leder- und Gummischu-

hüte usw.

Sortiert in vielen Größen

4,75 M. nach Beratung nach

Sortiert 2,- bis 2,80

M. & R. Zocher

Große Meusener Str. 21

Sommer Hüte

aus Viskose auf neuem

oder altem Stoff mit

oder ohne Spitze.

Fabrik Jahncke

Marktstr.-Seidenstr. 12

Wiederholungskurse geladen. (in 28)

Hausfrauen

Wüschen macht Freude!

Sehr gebraucht, abgängig, leicht,

für alle Hausfrauen und

Schmierfeife

Sortiert 1,75 M. als Kleid-

ungsstücke, keine weiße Ware.

u. 2,75 M. gen. liegt. In 2 M. Kosten

zu 3 M. u. ausgewogen. 2,75 M. zu

2,50 M. frei Haus. Ware genutzt.

Sortiert 1,75 M. zu 2,20

Feiner Ball

19 M.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität

Ortsgruppe Plauenscher Grund u. Umg.

Freitag den 28. März 1919 im Kino an Oitterfelde

öffentlicher Tanzabend

oder besuchst vollkommen! (in 28)

Der Vorstand.

Arb.-Radfahrer-Bund Solidarität, Gruppe Coswig.

Gemeinsam mit dem Kino an Oitterfelde

1. Saal-Fest

betrieben in Oitterfelde, Oderberg-Schönhausen u. Wall. Eintritt 8 Uhr.

Weran lobt Jung und als zu einem gesuchten Abend ein

zu sein! Der Verkaufsstand.

Sortiert 4 Uhr.

Sortierungskurse im Kino-Großtheater, u. a. u. 2. Oberfläche.

Sächsische Volkskammer.

16. Sitzung.

Dresden, 26. März.

Die Erklärungnahme der Parteien zum Regierungsbildungsprogramm.
3. Tag.

Bundesrat nimmt das Wort.

Wirtschaftsminister Schwartz: Die sächsische Regierung denkt daran, plakatlos allen auf dem Gebiete der Sozialisierung aufwändigen Projekte nachzugeben. Je nach dem Standpunkte der Parteien und den Programmlinien der Parteien würden die Sozialisierungsbefreiungen ausgleichen. Die Arbeiter drängen nach Sozialisierung, die Industriellen legten ihr entschiedenes Widerstand entgegen. Der Abg. Röhlke habe die Aufgabe der Sozialisierung einer Ausgleich der Beziehungen zwischen arm und reich erledigt. Der Rahmen sei viel zu eng. Aufgabe der Sozialisierung sei, der zu hoffen, daß der Errung der Arbeit nicht dem eingeschlossenen Bereich der Gesamtheit des Volkes zugute komme. In nächster Zeit werde der Volkskammer der Entwurf über Erstellung eines Sozialisierungsbildes angeboten. Eine Einzelne werde es sein, unter ganzem Wirtschaftsrecht, umfaßt zu erfassen. Es müsse verhindert werden, daß ganzes Wirtschaftsleben umgestaltet wird. Hierzu sei aber die Sicherheit aller Volkstrots nötig, andersfalls eine Sozialisierung unmöglich wäre. Sie müsse aber so erfolgen, daß der Krieg am Ende seiner Arbeit ein größeres Interesse als bisher hat. Das Sozialisierungsbild müsse sich zusammenleben aus Arbeitern, Gewerken, Kaufleuten, Industriellen, Juristen und Gelehrten. Niemand sei ein Beirat beigegeben werden, dem Berater aller Gewerbe und Berufe angehören. Gegen den Willen des Reiches werde die Sache in der Sozialisierungfrage nicht eingehen. Damit solle nicht gelogen sein, daß nun das getan werden soll, was das Reich erlaubt und es tun gelebt. Sonder es ist nur nichts unternommen worden, was sich gegen den angekündigten Willen des Reiches richtet. Die Annahme, daß wir in drei Jahren aus dem Staat heraus sein werden, wenn wir heute mit der Sozialisierung anfangen, sei eine Illusion. Die Sozialisierung werde vielmehr eine Reihe von Generationen anhalten, um Handwerk sei nur zu helfen, wenn es sich organisieren und zusammensetzen, um selbst wieder in die Höhe zu kommen. Mindestens den Handwerksberufen wieder hoch zu bringen. Außerdem ist unter dem Namen mancher Arbeiterschaften zu leiden, daß teilweise sie unter dem Namen mancher Arbeiterschaften sind, dazu habe die Regierung wenig Rücksicht.

Das Programm, auf das die Regierung in der Sozialisierung zusteuert, sei, die sozialistische Gesellschaft an Stelle der kapitalistischen zu setzen. Mit Neutralitäts Ideen läßt sich dieser Prozeß aber nicht verwirklichen. Jedenfalls ist die Sozialisierung ein Experiment, das die sächsische Regierung gewollt machen will. (Grabow bei den Soz.)

Zur Erinnerung steht fest, daß der Minister, daß die ersten Lebensmitteltransporte auf deutschem Boden eingetroffen seien. Man sollte über hinaus, die weitere Entwicklung zu fördern durch Operationen, die am letzten Sonntag auch in Berlin unter den Fenstern der gleichen Gesandtschaft abgespielt hätten.

Innismister Dr. Barnstorff erklärt, daß der Strafvollzug dem Reichsministerium unterstellt bleiben müsse, und stellt für die nächsten Tage eine Verordnung in Aussicht, wonach schon während der Verteilung des Hauptverfahrens und in der Hauptverhandlung selbst kein Todesfall mehr folgen solle, um die Einerart des Täters zu erkennen, ob er gerecht zu werden. Auf manchen Gebieten, zum Beispiel der Polizei für entlassene Gefangene, sollten die Ministerien der Ressorts im Innern zusammenarbeiten.

Abg. Winter (Soz.) bringt die Wünsche seiner Fraktion zum Ausdruck. Eine Hauptfrage sei, wie und wo es möglich sei, so sparsam und dadurch unter Wirtschaftsleben wieder zu leben. Notwendig sei zielstreitig eine Reuordnung der gesamten Haftverhältnisse; es sei zunächst eine gutachterliche Auskunft eingezogen werden, der ausseren, mittleren und inneren Beamten befreit müsse. Der Grundbesitz des Staates müsse mehr als bisher im Interesse der Volksversorgung nutzbar gemacht und unter den Eling gebracht werden, der Kaiserreich müsse zurückkehren, was ihm früher der Militarismus für die Zeiten von außen ferngehalten wird. Auch der private und soziale Großarbeitsmarkt müsse mehr als bisher in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden. Die Elektrifizierung der Eisenbahnen müsse von der Regierung immer mehr in den Kreis ihrer Erwägungen gezogen werden. Was die Reform der Rechtsvorsorge betrifft, so erwarten seine Freunde, daß die Pläne der Gesamtregierung verwirklicht werden. Gewiß spricht manches dafür, daß der gesamte Strafvollzug in Händen des Justizministeriums liege, andere spricht aber auch für den Vollzug durch das Ministerium des Innern. Die Süßfeste entlassener Straflinge in die Bürgerliche Gesellschaft sei eine wichtige Aufgabe, die zunächst beim Ministerium des Innern verbleiben müsse. Selbst wenn die Trennung beim Strafvollzug aufgehoben werde, blieben doch noch viele Fragen, die es nicht geregeln ließen. Deshalb sollte das Gesamtministerium nochmals die Freiheit prüfen unter Hinziehung von Fachleuten und Sachverständigen. Die Freiheit sei also noch nicht sprudelnd, aber es besteht eine Verleihung des Notariats, das ja einem Korrekturbericht der höchsten Rechtsbehörde geworden sei.

Der Redner bringt dann Wünsche vor über die Ausgestaltung der Rechte der Arbeiterschaft im gewerblichen Verhältnis und fordert eine geplante Festlegung von Mindestlohnens zwecks Vermeidung von Streiks, Erziehung von Lohnämtern und weitgehenden Arbeitszeitverkürzungen. Wenn Arbeiter zur Gewerbeaufsicht berangestellt werden, dann müsse auch die Frage der Betreuung von Arbeitern zu kontrollieren ernstlich geklärt werden. Die Gewerkschaften sollten dabei qualifiziert gehalten werden. An der Förderung der Anstellung eines Bandgewerbearbeiters, die im alten Reichstage zu bestimmten Auslandserkundungen geführt habe, aber höchstlich doch unterblieben sei, ist im Interesse der Gesundheit der Arbeiter unbedingt festzuhalten. Die Gewerbeaufsicht darf keine gesetzliche Rechtsform, die wirtschaftliche Struktur Sachsen bedinge, daß bei uns die Arbeitseinsatzigkeit viel größer sei als in anderen Reichsteilen. Hier ist ein anderes System der Kostenverteilung bloß greifen. Schließlich kommt noch die Einführung der Amtsbeamtenkassen befehlhaft vorbereitet von Grund auf demokratisch zu unterschließen.

Abg. Röhlke (Unabh.) bemerkt, daß während die Regierungsbildung der Rechten zu viele gehe, sie seien freunde nicht genug, und geht dann die verfeindete Mittelschlafpolitik des Reiches und Märs mit den hierzulande vom Wirtschaftsminister Schwartz abgegebenen Erklärungen einanderstanden. Das Regierungsbildungsprogramm sei sehr verständlich und habe niemand bestreikt. Der Appell Langens an den Dauern werde vergeblich sein. Die Bandwirte gehen sonst zu schweren Strafen im Schlechthandel schreiten ab, sonst sei ihnen der die Rot des Volkes gleichgültig. Rechtsgesetz habe ähnlich eine Gleichgültigkeit, also eine Stelle, die der Regierung nahe stehe, soll aus russischen Schlachten zum Zweck von 20 M. für das Land den Kommunalverbänden angeboten und damit ebenfalls sicher getrieben. Die Arbeiter, die immer wieder zur Arbeit aufgerufen werden, lehnen es ab, sich wieder im Dienste des Kapitalismus auszukämpfen zu lassen. Die Klassenkämpfe seien auch jetzt noch notwendig, weil es noch immer Klassen gebe. Es nebe jetzt wohl gleichberechtigte Staatsbürgere nach dem Namen, aber nicht nach der Tat. Gegen den Herrschaftspunkt der Ausbeuter müsse der Klassenkampf der Arbeiter weitergeführt werden. Zur Frage der Sozialisierung sagt Röhlke: Ob mit Neutralität oder nicht, darauf kommt es nicht an. Neutralität ist, daß die Neutralitäts Ideen die zeigen, wie die Umwandlung der Wirtschaftsordnung vor sich gehen müsse. Seine Freunde müssen auch eine Entschuldigung bei der Abstimmung ablehnen. (Weitfall bei den Unabh.)

Präsident Brähms teilt mit, daß folgende

Erklärung

gegangen ist:
Die Sächsische Volkskammer erhebt einstimmig das Verlangen, daß ein Frieden nur auf der Grundlage des Rechts und der Gerechtigkeit

festgestellt den 14 Punkten Bildung zu stützen kommt. Unannehmbar wären eine Abreitung von Teilen Besitzrechtes und Oberherrschaft oder des Sozialrechtes und eine Kriegsverschuldung, die geeignet wäre, den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens unmöglich zu machen. In den umstrittenen Gebieten Polens müssten unverzüglich Friedensabstimmungen stattfinden; ebenso nach Deutschösterreich das Recht der Selbstbestimmung in vollem Umfang gewahrt bleiben.

Die Reichsleitung wird aufzutreiben, jeden Gewaltstreben aufzuschrecken auszugehen. Die Sächsische Volkskammer fordert die sofortige Herausgabe unserer Kriegs- und Flügelgefangenen, die sofortige Aufhebung der Hungerblöcke, unter der Bedingung am schärfsten zu handeln hat, und die sofortige Rückumwandlung der besetzten Gebiete.

Eine Zusatzklärung der Unabhängigen Freiheit und Gerechtigkeit will den Volkskammer Kenntnis nimmt von dem Aufruf des Rates zu Budapest und dem Rate ihre Sympathie ausspricht.

Ein Vorschlag des Reichsrates erklärt sich die Kammer darüber einverstanden, daß die Abstimmung über beide Lösungen erst zu Beginn der morgigen Sitzung stattfinde.

Die Debatte geht weiter.

Abg. Dr. Wagner (Deutschland) wünscht die Einlegung eines parlamentarischen Antrittes zwecks Nachprüfung der Wirtschaftsförderung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Abg. Günther (Demokrat) polemisiert gegen Lipinski, der sich durchaus nicht unterschieden sieht über die innere Geschichte Deutschlands. Die Hochschriften seien schon früher für das Frauenwahlrecht und für die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürgertum eingetreten. Die Erneuerung des Herrn Dr. Wünsche in Leipzig zum Generalstaatssekretär sei umfang gewesen, weil auch der Reichstag verhindern werden sollte, als ob der politische Gleichberechtigungswillen der Grund der Erneuerung gewesen sei. Es gäbe eine ganze Anzahl Beispiele, die jetzt plausibel für sozialdemokratische Herkunft entstehen, nur weil sie davon Vorrecht zu haben glauben. Rehmet bestreitet, daß die Rechtlosigkeit des klassischen Volkes sozialdemokratisch gemäßigt und sich für die Sozialisierung ausgeworben habe. Deshalb sei es falsch gewesen, die Demokratie an der Regierungsbildung nicht teilnehmen zu lassen.

Abg. Rehmet (Soz.) weist die Angriffe, die im Verlaufe der Diskussion gegen die Sozialdemokratie erhoben worden waren, zurück. Die Rolle des Volkes sei nicht, wie von den Gegnern behauptet werde, die Folge der Revolution, sondern der Sünden der früheren Regierung. Die Sozialisierung sei für die Arbeiter ein leeres Blatt, sondern das erzielbarste Ziel. Deshalb sei der Plan der Regierung, ein Sozialisierungsbild einzurichten, wahr zu begreifen. Nur in der Volkszählung liegt das Hell. Sie werden zu beweisen, daß die sozialdemokratischen Herren entstehen, nur weil sie davon Vorrecht zu haben glauben. Rehmet bestreitet, daß die Rechtlosigkeit des klassischen Volkes sozialdemokratisch gemäßigt und sich für die Sozialisierung ausgeworben habe. Deshalb sei es falsch gewesen, die Demokratie an der Regierungsbildung nicht teilnehmen zu lassen.

Abg. Rehmet (Soz.) weist die Angriffe, die im Verlaufe der Diskussion gegen die Sozialdemokratie erhoben worden waren, zurück. Die Rolle des Volkes sei nicht, wie von den Gegnern behauptet werde, die Folge der Revolution, sondern der Sünden der früheren Regierung. Die Sozialisierung sei für die Arbeiter ein leeres Blatt, sondern das erzielbarste Ziel. Deshalb sei der Plan der Regierung, ein Sozialisierungsbild einzurichten, wahr zu begreifen. Nur in der Volkszählung liegt das Hell. Sie werden zu beweisen, daß die sozialdemokratischen Herren entstehen, nur weil sie davon Vorrecht zu haben glauben. Rehmet bestreitet, daß die Rechtlosigkeit des klassischen Volkes sozialdemokratisch gemäßigt und sich für die Sozialisierung ausgeworben habe. Deshalb sei es falsch gewesen, die Demokratie an der Regierungsbildung nicht teilnehmen zu lassen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr: Die Schulanträge.

Sächsische Angelegenheiten.

Für einen Freistaat Groß-Sachsen!

Der Altenburger Landesversammlung legte die Altenburger Staatsregierung eine Denkschrift über die Frage der Vereinigung der thüringischen Kleinstaaten vor, worin u. a. ausgeführt wird:

Unter Staatsregierung ist es zur Zeit nicht möglich, der Landesversammlung politische Vorschläge zu unterbreiten, zumal neben dem Plan eines einheitlichen Großthüringen auch die Gebiete an ein Sachsen-Thüringen oder an einem mitteldeutschen Großstaat in Aufnahme gekommen ist. Die Staatsregierung ist um eine befriedigende Lösung eifrig bemüht und erhält die Landesversammlung einen aus in drei Mitgliedern der Staatsregierung und der Landesversammlung bestehenden Ausschuß einzuführen, dem die weitere Behandlung der Angelegenheit zu übertragen ist. Ein Antritt des ganzen Landes an Großthüringen oder an Sachsen würde für das Altenburger Land alle Rücksichten eines Kleinstaates als Folge haben. Vom Standpunkt der industriellen Entwicklung aus würde für Altenburg lediglich der Anschluß an eine Republik Großsachsen, bestehend aus dem Königreich Sachsen, dem Provinz Sachsen und Thüringen von Vorteil sein; dies würde eine industrielle Einheit von ungeahnter Entwicklungskraft werden.

Die Dienstanweisung für die sächsischen Sicherheitsstruppen.

Neben die Sicherheitsstruppen des Freistaats Sachsen enthält das Sächs. Mil.-Befreiungsblatt u. a. folgende Angaben:

Die Hauptaufgabe der Sicherheitsstruppen ist die Bekämpfung der Kämpfer unter Wirtschaftsleben wieder zu leben. Notwendig sei zielstreitig eine Reuordnung der Regierung und der Polizei bei Aufrechterhaltung des öffentlichen Ruhe und Sicherheit. Sie können auch in befreiten Händen auf Gefecht oder mit Bewaffnung des Militärs für Militärsachen vorübergehend außerhalb der Garnison verbleiben. Dauernder Grenzschutz kommt nicht in Frage. Die Sicherheitsstruppen sind auch zum Arbeitsdienst verpflichtet. Die Sicherheitsstruppen werden aus freiwilligen gebildet, die mindestens 20 Jahre alt, militärisch voll ausgebildet sind und voll körperliche Gesundheit besitzen. Alle Angehörigen der Sicherheitsstruppen sind verpflichtet, das Dienstverhältnis in einem vier Wochen der Dienstleistung zehntägig, nach Ablauf eines Dienstmonats monatlich zu verlängern.

Die Kompanien u. a. wählen durch geheime Wahl drei Kompanieangehörige, hierunter einen Führer, als Vertreter des Ausschusses. Der Ausschuss hat folgende Aufgaben: Vorschlag der zu führenden Geschwader. Wahrnehmung der Schädigung von Verwundeten. Mitwirkung bei Bewertung von Disziplinarverfahren der Kompanieangehörigen. Alle Führer der Kompanie sind grundsätzlich durch die Kompanie-Kommandanten zu wählen. In jeder Kompanie u. a. zweimonatlich durch geheime Wahl ein Vertreter auszuwählen.

Die Freiwilligen, einschließlich der Kommandierten, erhalten ohne Rücksicht auf ihren Dienstgrad eine monatliche Grundlöhne von 20 M. und eine tägliche Zulage von 5 M. (nach den Sonntagen zahlbar). Auch haben sie Anspruch auf die gleiche gesetzliche Sicherheit und Verantwortlichkeit, die sie im Dienst verhindern.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt. Sie werden zu kämpfen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

Die Sicherheitsstruppen sind ausführlich geschult, um die Waffen zu führen, den Krieg zu erhalten! Die jungen Soldaten müssen sich nicht fürchten, daß der Kriegsbeginn sie in die Gefahr bringt.

